

# Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.

Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis nachmittags 3 Uhr des vorhergehenden Tages.

Expedition: Waldenburg, Kirchgasse 255.

und

## Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 25 Pf. Einzelne Nummern 5 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingefandt 20 Pf. Filial-Expedition in Altstadtwaldenburg: bei Herrn Kaufmann Max Liebezeit.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Nr. 290.

Freitag, den 12. December

1884.

\*Waldenburg, 11. December 1884.

Die Reichsregierung hat, wie bekannt, dem deutschen Reichstage eine Sammlung der amtlichen Actenstücke zugehen lassen, welche sich auf die Erwerbung der Colonien in Westafrika beziehen. Die Volksvertretung wird binnen Kurzem Gelegenheit haben, ihre Ansichten über das Vorgehen der Reichsregierung auszusprechen, und ihr je nachdem eine Zustimmung oder Mißbilligung zu erteilen. Für den neu zu ernennenden deutschen Gouverneur in Kamerun sollen einige nothwendige Dampfer angeschafft werden und zu diesem Zwecke fordert die Reichsregierung die Summe von 180,000 Mark. Bei Berathung dieser Summe wird auch die ganze Colonialpolitik einer reiflichen Erörterung unterzogen werden und Fürst Bismarck selbst voraussichtlich im Reichstage erscheinen. Wie das *Botum* des letzteren lauten wird? Nach den vorliegenden Thatsachen kann es nur ein zustimmendes sein und es wäre erfreulich, wenn der Reichstag einmüthig diese Zustimmung erteilte.

Sehen wir uns die Thatsachen näher an! Die Hamburger und Bremer Kaufleute, welche an der westafrikanischen Küste lebhaften Handel treiben, haben den Schutz des deutschen Reiches für ihre rechtlich erworbenen Besitzungen erbeten. Dieser Schutz war nothwendig; denn wäre er nicht erteilt, so würden die anderen seefahrenden Nationen, namentlich England, bald Mittel gefunden haben, diesen Besitz ebenfalls ihrer Oberhoheit zu unterstellen und dann wäre es mit der Selbstständigkeit des deutschen Handels in jenen Gegenden vorbei gewesen. Es lag also eine nationale Nothwendigkeit vor, die Privatbesitzungen deutscher Rheder in Westafrika unter den mächtigen Schirm des Reiches zu stellen, und das Reich hatte die Verpflichtung, diesen Schutz des Eigenthums seiner Angehörigen zu übernehmen, so lange diese nur forderten, was recht und billig war. Man hat nicht mehr verlangt! Es sollte keine großartige Action eintreten, die uns vielleicht mit anderen Mächten in Streit hätte bringen können, nein, nichts weiter sollte geschehen, als die friedliche Erklärung: Dies Land ist deutsch!, und zum Zeichen dessen sollte die deutsche Flagge aufgehißt werden. Das ist erfolgt und damit allen anderweitigen Annectionsgelüsten vorgebeugt. Der Handel Deutschlands in Westafrika ist gesichert für die Zukunft und er wird der alten Heimath hoffentlich zu großem Nutzen gereichen. Alle Zerwürfnisse mit fremden Mächten, die einen ernsten Charakter annehmen könnten, sind gänzlich ausgeschlossen: Aus den Actenstücken geht hervor, daß der Reichskanzler mit äußerster Sorgfalt darauf bedacht gewesen, einen Zusammenstoß mit anderen Staaten zu verhüten, und insbesondere ergiebt sich das aus dem mit dem Könige des Togogebietes abgeschlossenen Freundschaftsvertrage, in welchem die anderweitigen Rechte von einzelnen seefahrenden Mächten ausdrücklich anerkannt worden. So gewährt Deutschland seinen Angehörigen in ihren Colonien in Westafrika sicheren Schutz! Es sind das also: Das Togogebiet an der Sklavenküste, welches obwohl selbstständig, doch unserem Protectorat unterstellt ist, die Besitzungen in der Bai von Biafra (Kamerun etc.) und endlich Angra Pequena und Umgebung.

Das sind unsere Colonien! Deutschland wird in diesen aber keinen Verwaltungsapparat nach heimischem Muster oder selbstständige Garnisonen einrichten! Es werden lediglich in jenen Gewässern einige Kriegsschiffe stationirt und die deutsche Oberhoheit durch einen deutschen Gouverneur repräsentirt. Im Uebrigen bleibt die Verantwortung für Sein oder Nichtsein den interessirten Kaufleuten

überlassen, und damit fällt das zweite Bedenken fort, welches gegen überseeische Erwerbungen geltend gemacht wurde: Das Project werde in seiner Ausführung zu viel Geld kosten. Das trifft also mit nichten zu. Es kann in der Hauptsache nur der neu zu ernennende Gouverneur und vielleicht der Bau einiger Kriegsschiffe in Betracht kommen, und die dafür nöthigen Summen werden bei Weitem durch den Nutzen, welchen uns der gesicherte deutsche Handel in Westafrika schafft, aufgewogen. Wollten wir auch an diesen verhältnismäßig geringen Summen noch lange herumäkeln, so würde das nicht vortheilhaft, sondern kleinlich erscheinen.

Das sind die Thatsachen, wie sie sich im Laufe der Ausführung der Colonialpolitik ergeben haben, und sie sind erfreulich. Hier sieht man keine blinde Sucht, nur um jeden Preis neues Gebiet zu erlangen, sondern einsichtsvolles und doch energisches Handeln, wie es durch die Umstände geboten war. Nicht zum Vergnügen wurde die Colonialpolitik eingeleitet, sondern aus praktischer Nothwendigkeit. Was würden zudem andere Nationen gespöttelt haben, wenn das mächtige deutsche Reich nicht fähig gewesen wäre, seinen handeltreibenden Unterthanen ausreichenden Schutz zu gewähren? Es wäre das ein unauslöschbarer Schimpf für uns gewesen. Fürst Bismarck gab im letzten Sommer eine ruhige, nüchterne Erklärung über seine geplante Colonialpolitik ab; er hat nicht mehr und nicht weniger gethan, als er damals sagte, sondern sich streng an seine Worte gehalten und zum Vortheil des ganzen Reiches gehandelt. Wir sprechen deshalb zum Schlusse nochmals den Wunsch aus, daß der Reichstag die Thatsachen so auffassen möge, wie sie sind, und durch einstimmigen Beschluß den guten Anfang krönen möge.

\*Waldenburg, 11. December 1884.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser hatte Dienstag Abend der Vorstellung im Opernhause beigewohnt. Mittwoch nahm derselbe die üblichen Vorträge entgegen und empfing den General von Brandenstein. Nachmittags wurde eine Spazierfahrt unternommen. Das Diner nahmen die Majestäten allein ein.

Die Budgetcommission des Reichstages hat bei der Weiterberathung des Militäretats die Dienstzulagen für den Generalstabsarzt der Armee und zwei Oberärzte von in Summa 2100 M. mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, die Gleichstellung der Militärgeldestlichen beider Commissionen hinsichtlich der Gehaltsverhältnisse sowohl, wie der sonstigen amtlichen Stellung herbeizuführen, wurde einstimmig angenommen. Im Uebrigen liegt nichts Besonderes aus der Commission vor.

Nach Lauenburg hat der Reichskanzler auf ein Begrüßungstelegramm folgende Antwort gerichtet: Auf Euer hochwohlgeboren Telegramm und die ehrenvolle Anerkennung meiner politischen Thätigkeit bitte ich, meinen herzlichsten Dank für die Unterstützung entgegenzunehmen, welche meinem Sohne und indirect mir selbst seitens seiner Wähler zu Theil geworden ist. Die Einigkeit, mit der die dortigen nationalen Elemente sich bei den Wahlen aneinergeschlossen haben, schätze ich — nicht als Eingeseffener Lauenburgs, sondern von dem Standpunkte des Reichskanzlers — als ein Zeichen des wahren politischen Fortschritts im Gegensatz zu den unserer nationalen Entwicklung hinderlichen Elementen.

Die Subcommission für Industriezölle, welche von der „freien wirtschaftlichen Vereinigung“ des Reichstages eingesetzt ist, hat sich constituirt. Die

Commission beschloß, die Zolltarifnovelle der verbündeten Regierungen vom 15. Juni 1884 zur Grundlage ihrer Berathungen zu acceptiren und motivirte Anträge anderer Gewerbe hinzuzufügen.

An der westafrikanischen Küste soll eine ganze Reihe von portugiesischen und anderen Kriegsschiffen aufgefahren sein, so berichtet die „Köln. Ztg.“, um nach Beendigung der Berliner Conferenzverhandlungen mit Annectionen vorzugehen.

Dienstag Abend wurden im VI. Berliner Wahlkreise eine freisinnige und eine socialistische Versammlung aufgelöst. In der ersteren erfolgte die Auflösung, als der Candidat Bey den Reichskanzler einen Dictator nannte, in der zweiten, in der es noch zu verschiedenen Tumulten kam, als der soc. Abg. Kayser das Wort ergriff.

Die „Germania“ schreibt, das Centrum wünsche eine höhere Getreide-, und wirksame Börsensteuer, doch sollte gleich bestimmt werden, daß dafür andere Steuererhebungen stattfänden.

Es ist bekannt, daß Preußen namentlich in Württemberg viele Gegner hat und es kann deshalb nicht groß wunderbar erscheinen, wenn im württemb. Herrenhause Graf Neipperg die preußische, aber auch die Reichsregierung heftig angriff, weil sie auf keine Gattung Recht Rücksicht nehme. Natürlich war das auf die Braunschweiger Erbfrage gemünzt. In anerkennender Weise wies der Minister von Mittnacht diese Behauptungen zurück — gefördert ist die Candidatur des Herzogs von Cumberland dadurch gewiß nicht.

Die Commission der afrikanischen Conferenz hat bei der Berathung der Schiffahrtsfreiheit manche Schwierigkeit zu überwinden. Auch Mittwoch noch hielt sie eine Sitzung ab. Es handelt sich immer noch um die Regelung der Verhältnisse am Niger. Sofort nach Abschluß der Verhandlungen hierüber nimmt aber die Conferenz selbst ihre Arbeiten wieder auf.

Die Commission des Reichstages zur Vorberathung der Dampfervorlage hat am Dienstag bis 11 Uhr nachts getagt, aber noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt. Abg. Bamberger behauptete, es sei kein Beweis dafür geliefert worden, daß die deutschen Waaren aus Mangel an Schiffsgelegenheit keinen Absatz in Ostasien gefunden haben. Nachdem Geh.-Rath Köfing einige statistische Daten zur Orientirung mitgetheilt, bemängelte besonders Abg. Stiller (freis.), daß die Motive außerordentlich mangelhaft seien. Im Interesse der Hebung des nationalen Handels befragte Staatssekretär von Bötticher, sowie die Abgg. Dr. Hammacher und Meier-Bremen das Gesetz. Sehr entschieden trat Abg. Broemel gegen den Gesetzentwurf auf und vertrat die Ansicht, daß die Fürsprecher des Gesetzes mehr patetistisch sich ergingen, als sachliche Gründe beibrächten. Für die Vorlage sprach auch Abg. Woermann. Je mehr Schiffe in Betrieb kämen, um so mehr trete das Bedürfnis nach Einstellung neuer hervor. Auch diesem Redner wurde von freisinniger Seite der Vorwurf gemacht, keine bestimmte Beweisführung versucht zu haben, daß die geplanten Dampferlinien in der That nothwendig seien für den Export. Namens des Centrums sprach Graf Adelman gegen das Gesetz, dessen Zukunft also noch sehr unbestimmt ist.

Der in Berlin vom linken Flügel der freisinnigen Partei gemachte Versuch, eine eigene demokratische Partei zu bilden, ist, wie schon erwähnt, vom Abg. Richter auf das Entschiedenste bekämpft worden. Die *Voss. Ztg.* bringt jetzt die Rede im Wortlaut, und geht aus derselben hervor, daß Richter der Ueberzeugung ist, die demokratische Partei würde keine größere Vortheile, als die freisinnige, erlangen

und dieser letzteren nur schaden. Das leitende Organ der demokratischen Bewegung, die Volkszeitung, deren Chefredacteur der frühere Abg. Phillips ist, erwiderte darauf in ziemlich gereiztem Tone. Aufgegeben scheint darnach das Project der Bildung einer demokratischen Partei nicht zu sein, obgleich es mit der Ausführung wohl nicht so schnell von Statten gehen wird.

Die Conservativen machen für die Nachwahl in Berlin V und VI enorme Anstrengungen. Sie hoffen, in VI mit dem Socialisten Pfannkuch in Stichwahl zu kommen und den freisinnigen Candidaten Porzellanarbeiter Bey ganz zu verdrängen, da dieser thatsächlich viele Wähler Klog' gegen sich hat. In Berlin V hängt der Ausfall ganz von der mehr oder weniger regen Theilnehmung ab.

Der Abg. Lenzmann hat, wie bekannt, seinen Antrag auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter aufs Neue im Reichstage eingebracht. Ueber die Stellung der Reichsregierung zu dem Antrage fehlen noch genauere Nachrichten. Bekannt ist nur, daß der Kanzler von Anfang an kein Bedenken gehabt hat, zu erklären, daß die Bestrebungen, unschuldig Verurtheilte wegen der ihnen durch die Strafbast zugesügten Nachteile zu entschädigen, sich seiner Sympathie zu erfreuen hätten. Bekannt ist ferner, daß vor 2 Jahren im Justizausschuß des Bundesrathes vorläufige Besprechungen über die Sache stattgefunden haben. Man hat sich in der Hauptsache damals damit einverstanden erklärt, daß ein Fonds zu Entschädigungen dieser Art ausgeworfen werde. Nicht die Richter, sondern die Justizverwaltung soll aber darüber zu entscheiden haben, ob sie einen unschuldig Verurtheilten dem Landesfürsten zur Begnadigung vorschlagen könne.

Im Reichstage ist am Dienstag nahezu von allen Parteien der Wunsch nach einer Reform des Militärgerichtsverfahrens, und namentlich nach einer Oeffentlichkeit der Verhandlungen ausgesprochen. Der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf zeigte sich als sehr liebenswürdiger Gegner, was selbst von dem demokratischen Abg. Payer anerkannt wurde. Wenn der Minister eine Erfüllung der Forderung selbst ablehne, so wird man daran zu denken haben, daß in Militärfragen der Kaiser sich persönlich die oberste Entscheidung vorbehält. Der Widerstand des Ministers entspricht daher wohl nur der Ueberzeugung des obersten Kriegsherrn.

#### Frankreich.

Die Regierung kann Victoria schießen lassen; die in der Vorwoche so widerspenstige Deputirtenkammer ist nun gründlich zu Kreuze gekrochen, indem sie das Senatswahlgesetz mit überwiegender Majorität ganz nach dem Willen des Herrn Ferry angenommen hat. Der letztere hat also die freie Regierungsgewalt, die Gambetta erstrebte, in der Hauptsache erreicht, und das ist ganz gut. Ferry ist der erste französische Ministerpräsident gewesen, der zu Deutschland wieder in intime Beziehungen getreten ist und wir können ihm seinen Sieg von Herzen gönnen.

Das gänzliche Stillschweigen auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz wird jetzt dadurch erklärt, daß an die Obergeneräle von Paris aus die Weisung ergangen sei, sich nur verteidigungsweise zu verhalten. Jedenfalls wird so viel Geld gespart.

Fürst Krapotkin, der in der Strafanstalt zu Clairvaux seine Strafe (wegen Verschwörung und Aufreizung zum Klassenhaß) verbüßt, soll vom Stobut so schwer heimgefußt sein, daß die Aerzte seine Genesung bezweifeln. Man darf nach dieser Ankündigung erwarten, daß Präsident Grévy abermals um Begnadigung des russischen Nihilisten angegangen werden wird.

#### Rußland.

Aus Petersburg kommen, wie schon kurz erwähnt, Nachrichten, nach denen die Großfürstin Sergius (Prinzessin Elisabeth von Hessen) die Scheidung von ihrem Gemahl verlangt. Die Ursache soll ein Liebesverhältniß des Großfürsten sein, das schon vor der Hochzeit bestand.

#### Ägypten.

General Wolseley beschleunigt jetzt seinen Vormarsch auf Khartum. Ueber die Verhältnisse in und bei Khartum selbst fehlt jede genauere Nachricht.

Die bekannte Angelegenheit der Einstellung der ägyptischen Staatsschuldentilgung wird ganz gehörig breitgetreten. Die ägyptische Regierung hat gegen das Urtheil, welches sie zum Ersatz der Staatsschuldentilgung hinterzogen und für sich verwendeten Gelder verurtheilt, Berufung eingelegt, obgleich auch in zweiter Instanz das Urtheil nicht anders lauten kann. Die ganze Geschichte läuft nur darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, und die Sache so zu verwickeln, daß schließlich Niemand mehr klug daraus wird.

### Aus dem Muldenthale.

\*Waldburg, 11. December. In unserem Städtchen sucht man mehr oder weniger den Fortschritten der Zeit ebenfalls gerecht zu werden, indem sich die Verkaufsläden den modernen Ansprüchen nach Möglichkeit anzupassen suchen. So sind in der Obergasse hier selbst nach und nach eine Reihe von Läden entstanden, welche in ihrem Aeußeren denen größerer Städte nichts nachgeben, und in welchen die Waaren dem kaufenden Publikum aufs Vortheilhafteste vor Augen geführt werden. Wir wollen nur wünschen, daß die betreffenden Geschäftsleute für ihre gebrachten Opfer auch regeren Absatz finden.

\*— Jetzt, wo die Aera der Weihnachtsbäume beginnt, mag daran erinnert werden, daß nach dem Forstdiebstahlgesetz nicht nur derjenige bestraft werden kann, der die bekannten Bäumchen aus der Forst entwendet, sondern unter Umständen auch der Käufer eines solchen entwendeten Weihnachtsbaumes zur Zahlung des zehnfachen Werthes des Entwendeten (niemals unter zwei Mark) herangezogen werden kann. Ferner sagt § 5 des genannten Gesetzes: Wer sich in Beziehung auf einen Forstdiebstahl der Begünstigung oder der Hehlerei schuldig macht, wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünffachen Werth des Entwendeten gleichkommt und niemals unter einer Mark betragen darf.

— Vom Schöffengericht zu Glauchau wurden am 9. d. mehrere Bewohner von Thurm, und zwar ein gewisser Mückel zu 25, Claus zu 20 und die beiden Brüder Bäseler zu je 15 Mark Geldstrafe, sowie Tragung der Kosten wegen Verbreitung verbotener Druckschriften verurtheilt. Dieselben hatten das in Stuttgart gedruckte socialdemokratische Manifest, welches von der Kreishauptmannschaft zu Leipzig verboten worden war, in Thurm verbreitet.

— Die Königl. Kreishauptmannschaft zu Zwickau hat auf Grund von § 24 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 1., dem Weber Carl Heinrich aus Ernstthal, 2., dem Maschinenwärter Louis Oskar Müller und 3., dem Maurer Ernst Berger, beiderseits von Zwickau, die Befugniß zur gewerbmäßigen oder nicht gewerbmäßigen Verbreitung von Druckschriften, sowie die Befugniß zum Handel mit Druckschriften im Umherziehen entzogen.

— In Zwickau hat sich am 9. d. der 36 Jahre alte Zingießer Seidel infolge Rückganges seines Geschäftes entleibt.

### Aus dem Sachsenlande.

— In Leipzig brachte am Mittwoch früh das Musikcor des I. Infanterieregiments Nr. 107 Sr. Maj. dem König vor dem k. Palais ein Ständchen. Gegen 9 Uhr begab sich Sr. Majestät mit Se. k. Hoh. Prinz Georg, gefolgt von dem Adjutanten Oberstallmeister v. Ehrenstein, Major v. Schimpf und Rittmeister v. Carlowitz-Partisch zur Jagd auf städtischem Revier in der sogen. Burgaue. Heute Donnerstag findet voraussichtlich Jagd auf dem Ehrenberger Revier statt. Dienstag Abend 1/2 10 Uhr kam S. k. Hoh. die Herzogin Mathilde von Württemberg nebst Gefolge und Dienerschaft von Gera in Leipzig an und fuhr nach kurzem Aufenthalt weiter nach Breslau. Die Ausschmückung des neuen Concerthauses im Inneren und Aeußeren ist bis auf wenige Kleinigkeiten nunmehr vollendet. Der große, 42 m lange, 19 m breite und 14 m hohe Concertsaal gewährt in seiner geschmackvollen Ausführung einen imposanten Anblick und bietet für 350 Musiker (incl. Sänger), sowie 1450 Zuhörer Raum. Die am Montag abgehaltene Generalprobe ist sehr befriedigend ausgefallen.

— Der Gemeinderath zu Blasewitz hat beschlossen, sich ebenfalls den Petitionen des Stadtraths zu Freiberg und des Vorsitzenden des Sächs. Sparcassenverbandes in Plauen i. B. gegen die Einrichtung der Postsparrassen im deutschen Reiche anzuschließen.

— In einer in Grimmitzschau in der oberen Neustadt gelegenen Wohnung hatte am Montag Abend ein 13jähriges Mädchen die brennende Petroleum-Lampe etwas zurückgedreht und sich hierauf in die Nachbarküche begeben. Wahrscheinlich hatten sich nun im Delbehälter der Lampe Gase entwickelt, denn dieselbe explodirte plötzlich und es ergoß sich das brennende Del über den Tisch. Der Knall und der Schein der hellodernden Flamme machte die Nachbarn aufmerksam, durch deren rasche Hilfeleistung weiteres Unglück verhütet wurde.

— Am Dienstag früh wurde in Grimmitzschau in einer Düngergrube in der niederen Vorstadt der Leichnam der Frau verw. J. aufgefunden und polizeilich aufgehoben. Die bedauernswerthe Frau, welche an Geisteschwäche litt, ist in einem unbe-

wachten Augenblick in die Grube gestürzt und darin, da Hilfe nicht zur Stelle war, elend umgekommen.

— Ein in voriger Woche flüchtig gewordener Strumpfwirker aus Mittelfrohna, welcher gedroht hatte, ein Mädchen zu erschließen, ist am 5. December auf Mittelfrohnaer Rittergutsflur todt aufgefunden worden. Er hatte sich, jedenfalls aus Furcht vor Strafe, selbst erschossen.

— Vergangenen Freitag sollte in Richtenstein der vormalige Kavallerie Pathe, ein Mann in den 70er Jahren, beerdigt werden. Nachdem die Leidtragenden sich eingefunden hatten und auf den Begräbnißconduct harrten, wurde zur Bestärkung der Letzteren von Seiten der Polizeibehörde das Begräbniß sistirt, indem Vergiftungs Symptome an der Leiche beobachtet worden sein sollten. Tags darauf wurde im Beisein der kgl. Staatsanwaltschaft von Seiten des Herrn Bezirksarzt nebst Assistenten die Leiche secirt, jedoch erfolglos. Erst Sonntag, den 7. d. Mts. wurde der Verstorbene dem Schooß der Erde übergeben.

— Unter den Wahlprotesten aus Sachsen befindet sich auch einer, der die Ungiltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Fährmann im 2. (Löbauer) Kreise zur sicheren Folge haben wird. Abgesehen von der Behauptung, daß zu Gunsten Fährmann's eine größere Anzahl Stimmen für Geld gekauft worden sind, ist schon der Umstand ausschlaggebend, daß in den Weberdörfern mehrere Hundert Ausländer abgestimmt haben. Es sind dies böhmische Weber, die seit Jahren in Sachsen wohnen, ohne die sächsische Staatsangehörigkeit erworben zu haben. Diese waren ganz ruhig in die Wählerliste aufgenommen worden und haben abgestimmt, als ob sie berechtigt wären. Es ist dies also dieselbe Geschichte, wie in Danzig, wo auch Hunderte von polnischen Juden in die Wählerlisten aufgenommen worden waren. In dem sächsischen Falle wie in Danzig hatten die braven Ausländer "fortschrittlich" gestimmt. Fährmann hatte nur 31 Stimmen mehr erhalten.

— Vor einigen Tagen wurde ein in Gößnitz dienendes Mädchen aus Altenburg in seiner Kammer von einem Manne überfallen, der sich dort versteckt hatte und dem Mädchen die Zöpfe abschnitt. Der Schreck lähmte dem Mädchen die Sprache. Dasselbe wurde nach Altenburg gebracht und machte die Mittheilung des empörenden Herganges ihren Angehörigen schriftlich. Hossentlich gewinnt die Bedauernswerthe die Sprache bald wieder. Der Attentäter ist spurlos verschwunden.

— Ueber das Annonciren zur Weihnachtszeit sagen die „Thür. Nachr.“: Es ist Sache der Geschäftsleute, ihre Waaren öffentlich anzukündigen und das Augenmerk der öffentlichen Welt auf sich zu ziehen; wer sparsam ist und sich scheut, die wenigen Groschen daran zu wenden, die neuen Eingänge seines Geschäfts in gebührender Weise anzukündigen, darf sich nicht wundern und beklagen, wenn er von dem fortschreitenden Zeitgeist in dem Getriebe des Lebens übersehen und vergessen wird. Die Annonce ist die Vermittlerin zwischen Angebot und Nachfrage und es kann heut zu Tage diese Einrichtung kein Geschäftsmann entbehren. Die Welt ist das Feld! Vernünftiges Annonciren führt zum Ziel!

### Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 10. December 1884.

Präsident von Wedell eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesrathstische v. Bötticher, v. Schelling. Abg. v. Stauffenberg (frei.) berichtet Namens der Geschäftscommission über die Anträge auf Abänderung des Wahlprüfungsverfahrens. Der Antrag der Commission geht bekanntlich dahin, zunächst probeweise für diese Session der Wohlprüfungscommission aus 14 ordentlichen und 7 Ergänzungsmitgliedern zusammenzusetzen. Der Vorsitzende kann aus der Zahl der Letzteren Referenten ernennen, die aber nur bei den überwiesenen Fällen mit abstimmen dürfen. Beschlüsse betr. die Ungiltigkeitserklärung machen die Anwesenheit von 11 ordentlichen Mitgliedern nothwendig.

Abg. Ackermann (cons.) spricht sich gegen die Ernennung von Ergänzungsmitgliedern aus, die Mitglieder zweiter Klasse sein würden. Das Verfahren werde dadurch nicht gefördert. Nebner constatirt, daß gegenwärtig mehr Proteste als je vorlägen, und behauptet, die Proteste würden oft mit solcher Leichtfertigkeit geschmiebet, daß man beinahe von Unfug reden könne. Es sollten zunächst die Proteste erledigt werden, welche Thatsachen angeben, die, wenn sie sich bestätigen sollten, so viel gültige Stimmen annulliren würden, daß damit die Wahl für ungiltig erklärt werden müßte.

Abg. v. Heeremann befürwortet den Commissionsantrag, desgl. Abg. Hasenclever (Soc.) Der letztere hält es der Würde des Reichstages für entsprechender, wenn dieser selbst die Untersuchungen betr. die Wahlprüfungen führe; im selben Sinne spricht Abg. Liebknecht (Soc.) Für den Commissionsantrag, der die Wahlprüfungen beschleunigen würde, traten ein: Abgg. Marquardsen (natlib.), Rickert (frei.), Windthorst (Centrum).

Staatssekretär von Bötticher erklärt eine Behauptung Hasenclevers, das Berl. Polizeipräsidium habe eine Requisition betr. die Wahl Traeger's unerledigt gelassen, auf Grund des Aktenmaterials für irrig. Eine solche Requisition sei überhaupt nicht ergangen. Redner betont dabei, die Requisitionen würden mit möglichster Eile erledigt. Allerdings halte die Zeugenvernehmung manchmal auf. Bezüglich der Beschwerde Hasenclevers, daß Versammlungen verboten seien, in denen ein Socialdemokrat als Referent fungierte, verweist der Staatssekretär auf den Instanzenweg.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Mehrzahl der Conservativen und eines kleinen Theils der Nationalliberalen angenommen. Es folgt erste Berathung der Anträge der Abga. Mundel (freis.) und Reichensperger (Centrum) auf Wiedereinführung der Berufung gegen Strafkammerurtheile.

Staatssekretär Dr. von Schelling: Die Berufsfrage sei noch ziemlich neu. Bei Schaffung der Strafprozeßordnung habe man die Appellationsinstanz für die Strafkammern noch nicht für bedenklich gehalten. Ein fünfjähriger Gebrauch habe aber dem Reichsanwalt eine ernsthafte Prüfung der Frage für wünschenswerth erscheinen lassen, und er sei im Begriff, darüber mit den verbündeten Regierungen in Berathung zu treten. Der Reichsanwalt hoffe im Anschluß an die Anträge eine bezügliche Vorlage bald einbringen zu können. Gleichzeitig beabsichtige er auch eine Anzahl nutzloser oder lästiger Einrichtungen in der Gerichtspflege, so in Bezug auf die zu häufigen Schwurgerichtsperioden und vielleicht auch die allzu große Anzahl der Geschworenen, zu beseitigen oder zu beschränken. Die Tendenz der vorliegenden Anträge begrüße der Kanzler sympathisch.

Abg. von Buel (Centrum) tritt mit warmen Worten für den Antrag ein. Der Redner möchte aber nicht die Schwurgerichte für überflüssig erklärt sehen. Abg. Hartmann (conf.) erklärt Namens seiner Partei, diese stände den Anträgen durchaus freundlich gegenüber. Eine definitive Stellungnahme behielten sie sich nach der Commissionssprache vor. Redner geht dann specieller auf die Reichsjustizgesetzgebung ein und glaubt, daß eine allgemeine Reform sich in nicht zu ferner Zeit als notwendig herausstellen werde. Nach den Worten des Herrn Staatssekretärs sei das allerdings nicht zu erwarten und so müsse man sich bei dahin mit Einzelverbesserungen begnügen. So möchte er z. B. verlangen, daß kein Staatsanwalt ernannt werde, der nicht eine Zeitlang im Richtercollegium gesessen. Es werde dadurch der Einseitigkeit vorgebeugt. (Allgemeines Bravo!)

Abg. Marquardsen empfiehlt unparteiische Prüfung des Antrages in einer Commission. Auch er hält eine Revision der Strafprozeßordnung für wünschenswerth. Da aber diese demnach nicht zu erwarten sei, müsse man einzelne Schwächen beseitigen.

Abg. Payer (Volkspartei) empfiehlt ebenfalls die Anträge mit besonderem Hinweis auf die Mängel in Bezug des bestehenden Vorfahrens und in Bezug auf die Mißverhältnisse in der Zusammenfassung der Staatsanwaltschaft. Redner betont ebenfalls die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Schwurgerichte.

Dann vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Berathung und Stat.) Schluß kurz nach 5 Uhr.

### Eine Charakteristik Lassalles.

theilweise ganz neu und eigenartig, jedenfalls in hohem Maße interessant, hat der Reichstagsabgeordnete Lüders (Hessen) in einer Rede entworfen, die er im Stolzischen Stenographen-Verein zu Berlin gehalten hat. Wir finden dieselbe abgedruckt in der neuesten Nummer des „Magazins für Stenographie“ (Redakteur M. Bäckler) und heben daraus das Folgende hervor:

Lassalle, so sagte Herr Lüders, war ein Redner, der als solcher eigentlich einen Anachronismus darstellte. Er hätte in der alten Zeit leben müssen, er war ein antiker Redner. Wieso? Zunächst war er im wesentlichen nur Redner; im Reden gipfelte seine Lebensfähigkeit; er hatte keinen sachmäßigen Beruf. Seine gesammte Thätigkeit vermochte er also darauf zu concentriren, Reden vorzubereiten, sich den Stoff zurechtzulegen, ihn — nach ciceronianischem Rezept — auszuarbeiten und dann wörtlich auswendig zu lernen, wo möglich die Gestikulationen dazu vor dem Spiegel einzustudiren. Nachdem er vier Wochen (wenigstens) dazu gebraucht hatte, sich eine Rede einzustudiren, ließ er sie vor versammeltem Volke vom Stapel, dann allerdings in so hoher schauspielerischer Vollendung und Natürlichkeit, als hätte ihn der Himmel inspirirt. Seine Zuhörer waren bezaubert ob seiner Offenbarungen, und doch war dieser ganze „Bauber“ kunstreich gemacht, von der ersten Silbe bis zur letzten. Ob wohl — beiläufig — seine Zuhörer, die sich hauptsächlich aus den Arbeiterkreisen rekrutirten, geahnt haben, in welchem Luge dieser Mann lebte! Seine Wohnung (damals in der Bellevuestraße) war wie die eines Prinzen ausgestattet. Der erste Raum war wie ein Ritteraal eingerichtet, Waffen, Trophäen schmückten die Wände; von da trat man in sein Bibliothekszimmer, wo in doppelten Reihen die kostbarsten Werke aufgestellt waren, und darüber befand sich ein Gesims mit den Büsten hervorragender Männer aller Zeiten; mehrere Tische bedeckt mit dem Neuesten des Buchhandels. Zum Schluß fiel der Blick in ein Gartenzimmer, welches die Durchsicht durch alle Räume reizend beendete. Die Fußböden waren mit Teppichen belegt, und Lassalle selbst bewegte sich in seinem Heim in einer Art türkischer Drapirung,

den Fez auf dem Kopfe nicht ausgenommen. So traf ich damals zu meinem Erstaunen diesen Apokryphen der armen Arbeiter in seinem Interieur an! Als ich ihn bei einer seiner größten Reden, bei einer Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof im Kammergericht, als Stenograph begleitete (vor etwa 23 Jahren), sagte er mir vorher: „Dasjenige, was ich zunächst dem Oberstaatsanwalt erwidern werde, das stenographiren Sie; aber wenn das Wort kommt — und da bezeichnete er mir ein solches — dann ist eine Fixirung nicht mehr nöthig.“ Und so hielt er eine 3 1/2 stündige Rede, die außerordentlich wirksam war, allerdings auf eine Anklage hin, die auf sehr schwachen Füßen stand; er hielt eine Rede, welcher aber doch der Erfolg mit zuzuschreiben war, daß eine Freisprechung erfolgte. Er hat ja außerordentliche Erfolge mit seinen Reden erzielt, aber mir wurde klar, wie Lassalle in der Weise, wie sie Cicero in seinen Büchern vom Redner geschildert hat, nach Ciceros Rezepten seine großen Reden vorbereitete. Dabei wandte er erfolgreich einen besonderen Kunstgriff an: er legte dem Gegner in seiner Rede, stellte ganz paradoxe Behauptungen auf, scheinbar nur beiläufig; er wußte, auf diese Lockspeise heißt der Gegner an und fällt hinein, und richtig er täuschte sich niemals, immer ließ sich der Staatsanwalt zu einer Replik verführen, und weil L. das vorausgesehen, hatte er die Duplik erst recht vorbereitet, sie war ebenso auswendig gelernt und einstudirt, wie die Hauptrede. Außerordentlich war dann die Wirkung, wenn er in dieser, dem Uneingeweihten völlig improvisirt erscheinenden Duplik seinem Gegner wahre geistige Keulenschläge versetzte! Lassalle war als Redner eine Wiedergeburt antiker Verebbarkeit; aber die dabei zu Tage tretende schauspielerische Mache, klar erkannt, wirkte abstoßend.

### Bermischtes.

Das Alter der Reichstagsabgeordneten: Alterspräsident des neuen Reichstages ist wie in den vorhergehenden Legislaturperioden nicht eigentlich Graf Moltke (geb. 26. October 1800), sondern Hr. Dollfuß, der genau einen Monat älter ist, geb. 26. Sept. 1800). Außer diesen beiden hat nur noch ein Abgeordneter das 80. Lebensjahr überschritten: Graf Bernstorff, der am 25. October 1803 geboren ist. Diesen drei ältesten stehen drei jüngste gegenüber, die das 30. Jahr noch nicht erreicht haben: Erbgraf zu Neipperg (geb. 30. Juli 1856), der im letzten Reichstage das jüngste Mitglied war, Mühleisen, der Abgeordnete für Straßburg-Land (geb. 19. August 1856), und als jüngster Abgeordneter der Pole von Graeve (geb. 19. März 1857), der trotz seiner Jugend schon bei dem Windthorst'schen Antrage seine Jungferrede gehalten hat. Zwischen dem 70. und 80. Lebensjahr stehen noch 18 Abgeordnete: von Bernuth (geb. 1808), Meier (1809), Birten, Dieben, Dr. Reichensperger, Frhr. von Zeltau (geb. 1810), von Estorf (1811), von Alten, Borowski, Menken, Dr. Windthorst (1812), Haanen, Kopper-Uß (1813), Frhr. von Arctin, Ausfeld, von Lüderitz und von Kleist-Neckow (1814). Der Letzgenannte ist erst vor wenigen Tagen 70 Jahre alt geworden. Von den 18 „alten Herren“ gehört einer der Volkspartei an, 2 den Nationalliberalen, 2 den Deutschfreisinnigen, 3 den Conservativen, 10 dem Centrum. Trotz der 21 Mitglieder, die über 70 Jahre zählen, ist aber doch der gegenwärtige Reichstag der jugendlichste, der je gewählt ist. Es sind außerordentlich viel „junge Leute“ da. Außer den drei Abgeordneten, die das 30. Jahr noch nicht erreicht haben, zählen wir noch 16, die zwischen dem 30. und 35. stehen (die zwischen dem 35. und 40. sind überhaupt nicht zu zählen), darunter Graf Herbert Bismarck (geb. 28. Dezember 1849). Nach der Parteistellung sind unter diesen 16 ein Conservativer, ein Freiconservativer, ein Elässer, ein Nationalliberaler, 2 Polen, 5 Ultramontane, 5 Socialdemokraten. Die socialdemokratische Fraction ist überhaupt nach dem Lebensalter ihrer einzelnen Mitglieder die jüngste im Parlamente. Im Durchschnitt entfallen auf jeden einzelnen socialdemokratischen Abgeordneten noch nicht ganz 40 Jahre, selbst die Polen, die von jeher viel jugendliche Mitglieder gehabt haben, sind im Durchschnitt älter.

Allerlei. Eine schreckliche Scene ereignete sich in dem Dorfe Berod in Koblenz. Es wurde in einem Hause eine Versteigerung abgehalten. Zahlreiches Publikum war im untersten Stocke und rings um das Haus versammelt. Mitten in der Versteigerung, als eben der Polizeidiener das bekannte „einmal,“ „zweimal“ ausrief und eben „zuschlagen“ wollte, gab es einen furchtbaren Krach, der Boden ging auseinander und die ganze Stube mit ca. 100 Menschen und Allen, was sich sonst

darin befand, lag im Keller — Alles auf einem Haufen. Zum großen Glück kamen sämmtliche Personen mit dem bloßen Schrecken, leichten Verletzungen und Brandwunden davon — der geheizte Ofen war nämlich auch mit herabgestürzt. — Mit dem an der schottischen Küste gestrandeten Dampfer „Lothard“ ertranken 24 Personen. — Die Nachricht von der Ernennung Dr. Schwenningers zum Oberstabsarzt wird jetzt für falsch erklärt. — In Wien herrschte am Mittwoch heftiger Sturm, der große Verwüstungen anrichtete. 3 Personen wurden gegen die Häuser geschleudert und schwer verletzt. Die letzten vier Wagen des Oedenburger Zuges wurden über den Damm geschleudert. 4 Personen sind schwer verletzt. — Aus Raguhn (Anhalt) wird gemeldet: Als die Gattin eines hiesigen Kaufmanns jüngst auf Veranlassung des Vorstandes eines Wohlthätigkeitsvereins einer Familie eine Mittagssuppe schickte, kam das Dienstmädchen der Dame lachenden Gesichts zurück und berichtete, daß die Familie heute Schlachtfest habe! — Ein 62jähriger Wiener Bürger, Namens Loser, wurde am 1. d. M. im Marchfelde, wo er mit seinem 32jährigen Sohne jagte, von diesem aus Unvorsichtigkeit erschossen. In der Verzeihung hierüber beging der Sohn sofort einen Selbstmord, indem er mit dem Fuße sein Jagdgewehr gegen sich losdrückte und sich eine Kugel in den Kopf schoß.

### Neueste Nachrichten.

Rom, 10. December. Bischof Rorum hatte heute eine Abschiedsaudienz beim Papst. Seit Bismarck's letzter Rede im Reichstag soll Herr v. Schölzer den Vatikan gemieden haben.

### Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 12. December, Abends 6 Uhr.

Predigt: Herr Diaconus Wächter.

Beichte und Abendmahl: Herr Oberpf. Schumann.

### Marktpreise.

Leipzig, 10. December. Weizen loco 1000 Kilo netto, hiesiger alter höchst bez. Preis M. 150—162, neuer höchst bez. Preis M. 000—000, fremder höchst bez. Preis M. 142 bis 175. Roggen loco 1000 Kilo netto, hiesiger alter höchst bez. Preis M. 145—149, fremder höchst bez. Preis M. 000 bis 000. Gerste loco 1000 Kilo netto, hiesiger höchst bez. Preis M. 140—160. Hafer loco 1000 Kilo netto, höchst bez. Preis M. 130—134, neuer höchst bez. Preis M. 000—000. Rüböl loco 100 Kilo netto, höchst bez. Preis M. 52.00, December-Januar 52.00 Brief. Spiritus loco ohne Faß per 10,000 Literprozent M. 43.40 Gelb.

Berlin, 10. December. Weizen loco 1000 Kilo M. 143 bis 173. Zeitpreise: December 152.50, April-Mai 161.00, Mai-Juni 163.00. Roggen loco 1000 Kilo M. 135 bis 142. Zeitpreise: December 139.00, April-Mai 139.25, Mai-Juni 139.25. Hafer loco 1000 Kilo M. 130 bis 160. Zeitpreise: December 132.50, April-Mai 133.25. Spiritus loco ohne Faß pr. 10,000 Literprozent M. 43.50. Zeitpreise: Decbr.-Januar 43.75, April-Mai 45.10, Juli-August 46.80. Rüböl loco 100 Kilo M. 51.20. Zeitpreise: December 51.00, April-Mai 52.20. Petroleum loco 100 Kilo M. 24.20. Zeitpreise: December 24.10.

### Abfahrt der Bahnzüge von Waldenburg.

In der Richtung Glauchau: früh 6. 36 (von Glauchau ab in der Richtung Chemnitz 7. 10 [Courierzug] und 7. 15, 9. 17; Zwickau 7. 46; Gößnitz 7. 51 und 10. 20), Vorm. 10. 17 (von Glauchau ab in der Richtung Chemnitz 11. 27; Zwickau 10. 37 und 1. 40; Gößnitz 1. 30), Nachm. 2. 22 (von Glauchau ab in der Richtung Chemnitz 3. 5; Zwickau 4. 29; Gößnitz 4. 20), und 5. 21 (von Glauchau ab in der Richtung Chemnitz 6. 15, 7. 5 [Courierzug]; Zwickau 7. 19 [Courierzug] 8. 2; Gößnitz 7. 56), Abends 8. 40 (von Glauchau ab in der Richtung Chemnitz 9. 26 [nur bis Chemnitz]; Zwickau 11. 33 und 12. 37).

In der Richtung Furzen: Vorm. 8. 25, und 11. 50 (nur bis Großbothen) Nachm. 3. 26, Abends 6. 35 und 9. 45 (nur bis Penig).

### Ankunft der Bahnzüge in Waldenburg.

Aus der Richtung Glauchau: Vorm. 8. 20, Nachm. 11. 49 und 3. 24, Abends 6. 34 und 9. 44. Aus der Richtung Furzen: früh 6. 31 (von Penig ab), Vorm. 10. 16, Nachm. 2. 17 und 5. 20 (von Großbothen ab), Abends 8. 37.

### Ortskalender von Waldenburg.

Standesamt: Expeditionsstunden Wochentags von Vormittags 8—12 Uhr, Nachmittags von 2—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Für Eheschließungen nur Mittwochs und Sonnabends Vormittags geöffnet.

Post- und Telegraphen-Amt: Geöffnet Wochentags von Vorm. 8—12 Uhr, Nachm. 2—7 Uhr. Sonn- u. Feiertags von Vorm. 8—9 und 11—12 Uhr, Nachmittags 5—7 Uhr.

### Amtliche Bekanntmachungen.

Wegen Reinigung der Expeditionslocalitäten bleibt die Kanzlei der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft

Montag und Dienstag, den 15. und 16. dieses Monats für alle nicht ganz dringliche Sachen geschlossen. Glauchau, am 9. December 1884.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Dr. Waentig.

M.

